

Europa besser machen! Zehn Anforderungen an die Europäische Union

1. Die nachhaltigen Entwicklungsziele ernst nehmen!

Eine nachhaltige Entwicklung weltweit ist möglich und nötig und Europa muss dazu seinen Beitrag leisten. Die SDGs müssen zur Richtschnur für die Arbeit der neuen EU-Kommission und des Europäischen Parlaments werden und ihre Umsetzung darf nicht von finanziellen, strategischen oder Lobbyinteressen negativ beeinflusst werden. Die EU muss stattdessen gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten in allen Politikfeldern Vorreiterin beim Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele werden.

siehe Beschluss des KLJB-Bundesausschusses 2019 „Wenn nicht jetzt, wann dann? Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung“

2. Den Klimaschutz aktiv vorantreiben!

Europa hat sich klar zum Klimaschutz und zu einer drastischen Reduktion der CO₂-Emissionen bekannt. Um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen, ist eine europaweite Energiewende nötig. Dazu sind der Ausstieg aus der Kohleverstromung und ein Verbot neuer Kohlekraftwerke ebenso unerlässlich wie ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien, Aus- und Umbau des Stromnetzes und eine konsequente Verkehrswende. Kernenergie ist dabei keine Alternative, ein europaweiter Atomausstieg ist nötig.

siehe Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2013 „100 Prozent erneuerbar – Leitbild für eine Energieversorgung der Zukunft“

3. Verantwortung für Asylsuchende und Geflüchtete übernehmen!

Verzweiflung und Perspektivlosigkeit führen dazu, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Europa muss sich seiner Verantwortung stellen und zu einer europäischen Lösung in der Flüchtlingspolitik kommen. Fluchtursachen müssen bekämpft, Waffenexporte gestoppt und der Klimawandel als Asylgrund anerkannt werden. Die Dublin-III-Verordnung muss abgeschafft und echte Integration in allen Mitgliedsstaaten möglich sein. Die Seenotrettung muss ausgebaut werden. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben.

siehe Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2019 „Flucht, Migration, Integration – Deutschland und die EU in der Verantwortung“

4. Wirtschaft und Handel gerecht und umweltbewusst gestalten!

Gerechtes und nachhaltiges Wirtschaften ist ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige weltweite Entwicklung. Es braucht gesetzliche Rahmenbedingungen, damit Unternehmen bei Produktion, Lieferketten und Vertrieb menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten konsequent nachkommen. Kreislaufwirtschaftliche Prinzipien müssen EU-weit verpflichtend werden. Handelsabkommen der EU müssen sowohl an Menschenrechts-, als auch an ökologischen Standards gemessen werden.

siehe Beschluss des KLJB-Bundesausschusses 2019 „Wenn nicht jetzt, wann dann? Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung“

5. Extremismus entgegentreten und die Demokratie stärken!

In zahlreichen europäischen Ländern erleben Parteien am rechten Rand Zulauf oder nehmen sogar Regierungsverantwortung wahr. Nationalismus und Populismus sind für uns keine Alternative zur europäischen Demokratie. Wir müssen als Europäer*innen klare Kante gegen Extremismus zeigen und Diktaturen und autoritären Regimen die rote Karte vorhalten. Rechtsstaatsverfahren gegen Mitgliedsstaaten müssen konsequent verfolgt werden. Extremismus muss bekämpft werden.

siehe Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2018 „Ein bisschen Frieden... ist uns nicht genug! Plädoyer der KLJB für eine Welt ohne Gewalt“

6. Die Ländlichen Räume in Chancenregionen verwandeln!

Europa muss seine Ländlichen Räume als Chancenregionen begreifen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land muss europaweit gelten. Die ärztliche Versorgung muss garantiert sein, die Schule im Dorf bleiben. Die Glasfaserversorgung muss ebenso wie der ÖPNV ausgebaut, Handynetzausstattung und Datenverbindungen müssen sichergestellt werden. Die Ansiedelung von Start-ups muss erleichtert und die Energiewende mit den Bürger*innen vorangebracht werden.

siehe Beschluss des KLJB-Bundesausschusses 2016 „Frohes Schaffen! Ausbildungs- und Erwerbsperspektiven auf dem Land“

7. Die Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickeln!

Die Neuausrichtung der GAP bietet die Chance für ein Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik: Es braucht eine Förderpolitik, die eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft für ihre gesellschaftlichen und klimaschützenden Leistungen entlohnt. Dazu müssen Mittel für die Flächenförderung in die zweite Säule umgeschichtet werden. Transparente Kommunikation, klare und langfristige Rahmenbedingungen und ein Agrardialog tragen dazu bei, sowohl Landwirt*innen als auch Verbraucher*innen mitzunehmen.

siehe Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2018 „Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU“

8. Mehr Partizipation und Teilhabe ermöglichen!

Entscheidungsprozesse in der EU müssen transparenter werden und die Bürger*innen daran beteiligt sein. Es braucht eine gesamteuropäische Debatte zur Zukunft Europas, die in die Einberufung eines Europäischen Konvents unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft mündet. Nötig sind neben der Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre die Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative und die Einführung eines gesamteuropäischen Referendums als Instrumente direkter Demokratie.

siehe Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2017 „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

9. Die Strukturen der Europäischen Union reformieren!

Wir müssen Europa fit für die Zukunft machen. Dazu ist ein Initiativrecht für das Europäische Parlament, und die Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf alle Politikfelder ebenso nötig wie ein neues, einheitliches Europawahlrecht mit europaweiten Listen und die Einführung einer europäischen Verfassung. Wir wollen den Staatenbund Europa zu einem föderalen Bundesstaat weiterentwickeln. Die Änderung der EU-Verträge darf dabei kein Hindernis sein.

siehe Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2017 „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

10. Die Erweiterung und Vertiefung der EU vorantreiben!

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, ist schmerzhaft. Dennoch muss die EU nach vorne schauen und den Staaten des westlichen Balkans eine realistische Beitrittsperspektive bieten. Der Schengener Besitzstand sollte auf alle Mitgliedsstaaten ausgeweitet und der Euro EU-weit gesetzliches Zahlungsmittel werden. Die EU muss ihre Vertiefung durch das Angleichen der Lebensverhältnisse und einen eigenständigen EU-Sozialvertrag vorantreiben, auch um die Jugendarbeitslosigkeit zu senken.